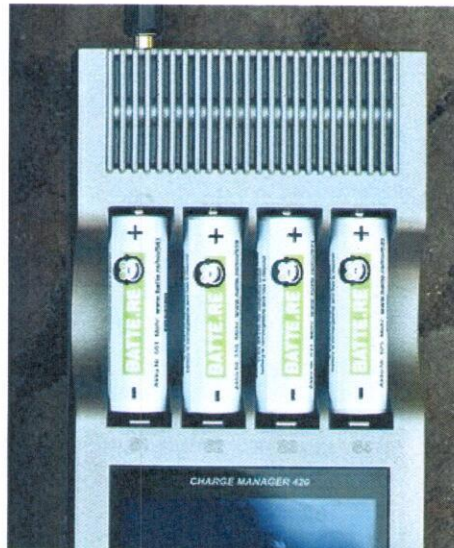
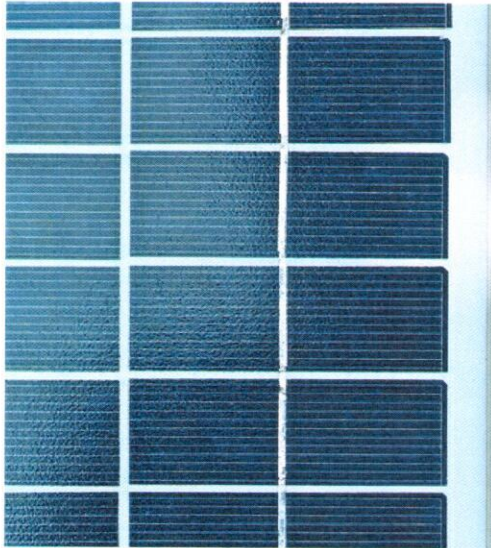


Freitag, 10. Januar, 06:51

40 Milliarden Alterskapital für Startups

Pensionskassen sollen Jungunternehmen finanzieren

Schweiz Freitag, 10. Januar, 06:51



Erzeuger innovativer Produkte, etwa aus dem Energiebereich, sollen von den Pensionskassen profitieren können. (Bild: Adrian Baer / NZZ)

Im Ständerat wird über einer alten Idee gebrütet: der Finanzierung von Startups mit dem Alterskapital der zweiten Säule. Die Pensionskassen zeigen sich interessiert, wehren sich aber gegen jede Art von Investitionszwang.

Simon Gemperli

Die Schweiz hat gemäss verschiedenen Ratings die wettbewerbsfähigste Wirtschaft. Deklassiert wird sie aber jeweils in der Disziplin Risikokapital-Verfügbarkeit. Weil dieses hierzulande knapp ist, weichen etablierte Unternehmen mit innovativen Plänen beispielsweise nach Nordamerika oder nach Israel aus. Während amerikanische Pensionskassen beträchtliche Anteile ihres Kapitals über Fonds in Jungunternehmen investieren, findet dies in der Schweiz praktisch nicht statt.

Langer Atem

Anläufe, dies zu ändern, hat die Politik schon einige genommen (siehe Zusatzartikel). Gescheitert sind sie alle hauptsächlich aus dem einen Grund: Sie wollten die Pensionskassen zu ihrem Glück zwingen und einige Promille des Sparkapitals fix für Risikokapitalinvestitionen reservieren. Der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber wagt jetzt einen neuen Anlauf. 18 Ratskollegen aus allen grossen Parteien haben seine Motion für einen «Zukunftsfonds Schweiz» unterzeichnet, über den interessierte Pensionskassen und Versicherungen langfristig in zukunftssträchtige Technologien investieren könnten.

Der Bund würde den Fonds «initiiieren», aber nicht selber führen. Graber geht davon aus, dass eine staatliche Anschubfinanzierung nicht nötig sei. Der Bund müsse aber die Rahmenbedingungen verbessern. Dazu gehörten eine verlängerte Dauer der Verlustvorträge von bis zu 20 Jahren und andere Reformen, damit die teilweise sehr lange Durststrecke bis zur

Gewinnzone besser überbrückt werden kann.

Mentor des Projekts Zukunftsfonds ist Henri B. Meier, ehemaliger Roche-Finanzchef, Biotech-Unternehmer und Startup-Förderer und Stifter einer Professur für Unternehmensfinanzierung an der Universität Basel. Von dort stammt auch das Grundlagenpapier zum Zukunftsfonds Schweiz, das der Motion Graber zugrunde liegt. Verantwortlich zeichnet der Venture-Capital-Forscher Simon Zaby. Er und Meier haben das Projekt kürzlich bei verschiedenen Pensionskassen vorgestellt. Sie hoffen, dass einige der grossen Vorsorgeeinrichtungen gemeinsam einen Venture-Capital-Fonds gründen. Im Übrigen müssten auch die defensiveren Anlagevorschriften für Versicherungsgesellschaften gelockert werden, so dass auch sie in Venture Capital investieren könnten.

40 Milliarden bis 2030

Die Initianten sind besorgt, dass die Schweizerinnen und Schweizer ihre grossen Ersparnisse rückwärtsgewandt anlegen und damit Innovationen verhindern. Tiefe Wachstumsraten, eine sinkende Zahl von Forschern und eine schlechte Verwertung der Erfindungen müssten als Vorboten eines wirtschaftlichen Niedergangs interpretiert werden. Ebenso wichtig wie die Bereitstellung von Wagniskapital seien hochspezialisierte Intermediäre, über die einzelne Vorsorgeeinrichtungen heute nicht verfügten. Gelobt wird das Beispiel USA, wo Pensionskassen heute typischerweise 5 Prozent des Vermögens in Wagniskapital halten.

Nur ohne Zwang

Würden die schweizerischen Pensionskassen dasselbe tun, würden nach den Berechnungen der Basler Ökonomen bis 2030 etwa 40 Milliarden Franken Risikokapital geäufnet. Die Rolle des Staates bleibt im Papier unscharf. Von einem Zwang zu Startup-Beteiligungen ist nicht die Rede, aber in den Berechnungen wird unterstellt, alle rund 3000 Vorsorgeeinrichtungen erhöhten im Gleichschritt sukzessive ihre Risikokapital-Engagements.

Christoph Ryter, Präsident des Pensionskassenverbands Asip, hält die Idee eines Zukunftsfonds für prüfenswert, sofern die Beteiligung der Vorsorgeeinrichtungen ganz auf Freiwilligkeit beruht. Rendite- und Risiko-Überlegungen müssten dabei aber stets Vorrang haben. Abstriche beispielsweise aus idealistischen Motiven seien mit dem Auftrag der Führungsorgane nicht zu vereinbaren.

Vergleich mit USA

Christoph Ryter warnt davor, die Risikokapital-Investitionen der amerikanischen Pensionskassen zur Referenz für schweizerische Vorsorgeeinrichtungen zu machen. Diese Kassen seien von der Grösse, den Ressourcen und der Struktur her nicht vergleichbar, sagt der Asip-Präsident, der auch Geschäftsführer der Migros-Pensionskasse mit einem Vorsorgevermögen von 20 Milliarden Franken ist.

Organisatorisch wäre die Gründung eines solchen Fonds für einen Zusammenschluss von Pensionskassen machbar, sagt Ryter und verweist auf erfolgreiche Projekte etwa mit ausländischen Immobilien. Die Frage sei, ob daraus ein Produkt entstehen würde, das den Bedürfnissen der Kassen entspreche. Grundsätzlich seien im heutigen Zinsumfeld aber viele Kassen an neuen und unkonventionellen Anlagemöglichkeiten interessiert.

Nur der Bundesrat war immer dagegen

Risikokapital aus der zweiten Säule – die Forderung ist fast so alt wie das BVG von 1985. Praktisch jede Partei hat sie irgendwann erhoben, nur der Bundesrat blieb sich treu: Er lehnte die Vorstösse reihenweise ab.

Die SP wollte 1989 mit einer Motion erwirken, dass «sich die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge an der Risikokapitalbildung beteiligen», und zwar im Umfang von zwei bis drei Promille des Vorsorgevermögens. Der Bundesrat lehnte den Vorstoss ab mit der Begründung, er schränke das freie Ermessen der Pensionskassen-Organen zu sehr ein. Ausserdem sei nicht gesichert, dass ein Bedarf an so viel Wagniskapital bestehe. Dennoch überwies die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat den SP-Vorstoss in Form eines Postulats.

Der von den Pensionskassen geäußerte Risikokapitalfonds blieb lange Zeit ein vorwiegend rot-grünes Anliegen. Je nach Urheber sollten die Pensionskassen nebst Startups auch den ökologischen Umbau fördern. Seit der Finanzkrise von 2008 liebäugeln auch Bürgerliche mit der Idee eines Risikokapitalfonds und entsprechenden Verpflichtungen für Pensionskassen. Auch der AHV-Fonds erwog die Möglichkeit.

Eine von der FDP-Delegiertenversammlung 2009 verabschiedete Innovationsstrategie wollte die Pensionskassen verpflichten, über einen Zeitraum von 15 Jahren hinweg 0,5 Prozent des Vermögens in Wagniskapital zu investieren. Der Waadtländer FDP-Nationalrat Derder Fathi möchte zudem der Pensionskasse des Bundes vorschreiben, einen Anteil ihres Vermögens in innovative KMU und Jungunternehmen zu investieren. Dazu kommen zahlreiche Ideen im Parlament, die Pensionskassengelder für die Energiewende oder Infrastrukturprojekte zu verwenden.

Dem Autor auf Twitter folgen:

Follow @simon_gemperli

Mehr zum Thema «Pensionskassen sollen Jungunternehmen finanzieren»

KOMMENTAR: Alterskapital für Jungunternehmen

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.